

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin)
und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
— Drucksache 12/5087 —

**Psychische, psychosomatische und psychosoziale Situation von Kindern
und Jugendlichen durch zunehmende Umweltbelastungen**

Kinder werden weltweit durch ständig steigende Umweltbelastungen, oft bereits im Mutterleib, körperlich schwer geschädigt. Neben körperlichen Gesundheitsschädigungen durch die verschiedensten Umweltgifte ist die Kindheit zunehmend auch von seelischen, psychosomatischen und psychosozialen Schädigungen der Kinder und Jugendlichen geprägt. Der tägliche Umgang mit Kindern bestätigt die Ergebnisse von wissenschaftlichen Untersuchungen: Kinder und Jugendliche leiden heute in einem erschreckenden Ausmaß unter „Umwelt und Zukunftsängsten“. Die Erfahrung mit destruktivem Verhalten von Erwachsenen, mit der ungehemmten Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Lebens und der Vernichtung von Zukunftsperspektiven sowie die Ignorierung und Verdrängung von Zukunftsängsten führt zu irreversiblen Schäden an der kindlichen Seele. Tiefreichende umweltbedingte Identitäts- und Entwicklungsstörungen sind hierfür deutliche Alarmzeichen, die ernstgenommen werden müssen. Darüber hinaus ist das psychosoziale Verhältnis der Generationen zueinander und somit das Zusammenleben in unserer sozialen Gemeinschaft schlechthin gefährdet. Der von zahlreichen psychologischen Fachgesellschaften, Umweltschutzverbänden, Gewerkschafts- und Kinderrechtsorganisationen verfaßte Appell „Gegen die Vergiftung der Kindheit“ macht deutlich, daß Kinder und Jugendliche die Bedrohung ihrer Zukunftschancen als „Verrat“ erleben.

Kinder und Jugendliche reagieren sensibel auf die Probleme der Welt, in der sie leben. Der Prozeß des Aufwachsens und Erwachsenwerdens basiert auf der Auseinandersetzung mit den Phänomenen, die Kinder und Jugendliche umgeben. Junge Menschen nehmen Probleme heute in einem höheren Maße als früher wahr, da ihnen über die Medien die gleichen Informationen wie den Erwachsenen zugänglich sind. Verstärkt wird ihr Problembewußtsein, wenn sie selbst von Problemen unmittelbar betroffen sind.

Zu den Themen, die Kinder und Jugendliche heute verstärkt wahrnehmen, zählen auch Umweltfragen. Wie viele Untersuchungen zeigen, sorgt sich ein großer Teil der jungen Generation um die natürlichen Lebensgrundlagen der Erde. Dieses Interesse ist für die Gesellschaft von elementarer Bedeutung, da junge Menschen die Zukunft gestalten werden. Das Interesse von Jugendlichen für Fragen des Schutzes der Umwelt ist aber auch als Spiegel für die verstärkte öffentliche Diskussion über diese Thematik zu verstehen.

Es trifft zu, daß ein Teil der Kinder und Jugendlichen Ängste im Hinblick auf Umwelt und Zukunft entwickelt. Dabei kommt es darauf an, die Ängste der Kinder ernst zu nehmen, ihr Umweltbewußtsein zu stärken, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und durch sachgerechte Information zum Abbau von Ängsten beizutragen. In diesem Sinne ist auch die Vorbildfunktion von Eltern und anderen Erwachsenen im täglichen Umgang mit den Kindern für die Entwicklung von größter Bedeutung.

Wie bereits in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zu „Kindergesundheit und Umweltbelastungen“ (Drucksache 12/4626) dargestellt, liegen der Bundesregierung aber keine hinreichend verlässlichen Studien über eine Zunahme von psychischen Störungen und psychosomatischen Leiden bei Kindern und Jugendlichen aufgrund von Veränderungen der Umweltsituation vor. Die Bundesregierung geht davon aus, daß gesundheitliche Probleme in der Regel komplexe Ursachen haben und der mögliche Anteil von Umwelt- und Zukunftsängsten daran nicht quantifizierbar ist.

Im übrigen zeigt die neueste Shell-Studie, daß Jugendliche die gesellschaftliche Zukunft heute optimistischer beurteilen als noch zu Beginn der 80er Jahre. Blickten 1981 57 % „eher düster“ in die Zukunft, waren es 1991 nur noch 29 %. Der nicht geringe Anteil von Jugendlichen, die die Zukunft pessimistisch sehen, muß aber für die gesellschaftlichen Kräfte Verpflichtung sein, sich in allen Bereichen für die Sicherung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen einzusetzen.

1. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen deutlich erhöhten Zukunftsängsten von Kindern und Jugendlichen und fortschreitender Umweltzerstörung?

Wenn ja, ist die zunehmende Verminderung immunologischer Abwehrprozesse bei Kindern und Jugendlichen auf diesen Zusammenhang zurückzuführen?

In ihrer Antwort auf die bereits erwähnte Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 12/4626) hat sich die Bundesregierung eingehend zu dem möglichen Zusammenhang zwischen der Beeinträchtigung der Gesundheit der Kinder und dem Zustand unserer Umwelt und auch zu der Frage deutlich erhöhter Zukunftsängste von Kindern und fortschreitender Umweltzerstörung geäußert (siehe hierzu insbesondere die Antwort zu Frage 14.2). Darüber hinausgehende Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.

2. Teilt die Bundesregierung die Ansicht von Ärzten und Psychologen, daß Allergien, Asthma, Hauterkrankungen und Magen- und Darmstörungen bei Kindern häufig auf psychische Stressfaktoren aufgrund zunehmender Umweltbelastung zurückzuführen sind?

Angesichts der Komplexität der bei Erkrankungen des allergischen Formenkreises sowie bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen als mitverursachend angesehenen Faktoren (einschließlich psychosozialer Faktoren) und deren wechselseitiger Beeinflussung ist es im Einzelfall schwierig zu entscheiden, auf welche Faktoren die Gesundheitsstörung zurückzuführen ist. Es wird verwiesen auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 12/4626) und hierbei insbesondere auf die Antworten zu den Fragen 6.2, 6.4 und 6.5.

3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Zusammenhang von Umwelt- und Zukunftsängsten und psychovegetativen Dysregulationen bei Kindern und Jugendlichen wie Schlaf- oder Eßstörungen, Verdauungsproblemen, Leibscherzen, Kreislaufibilität, Kälteempfindlichkeit oder Schweißausbrüchen?
4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Zunahme von Vegetativbeschwerden bei Schulkindern?

Aus Studien zur Gesundheitssituation von Heranwachsenden (Sonderforschungsbereich der Deutschen Forschungsgemeinschaft [DFG] „Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter“) geht hervor, daß etwa 10 bis 12 % der Kinder und Jugendlichen Störungen in den Bereichen der Wahrnehmung, Leistung, Emotionen und des Sozialverhaltens aufweisen. 1 % der Jugendlichen hat Verdauungs- und Eßstörungen. Unter Übergewicht leiden etwa 15 % der Kinder und Jugendlichen. Über ein Drittel eines Jahrgangs der zwölf- bis 17jährigen gaben Kopfschmerzen, Nervosität, Unruhe, Kreuz- und Rückenschmerzen, Schwindelgefühl, Magenbeschwerden und Schlafstörungen an.

Nach Aussagen der Wissenschaftler hängen diese Beeinträchtigungen, die Körper und Seele in gleicher Weise belasten, vor allem mit Anspannungen und Konflikten in der Familie, Schule und Freizeit zusammen.

Verlässliche Studien über eine Zu- bzw. Abnahme von Vegetativbeschwerden liegen der Bundesregierung nicht vor.

Im übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 12/4626, insbesondere Fragen 14.1 und 14.2) verwiesen.

5. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob psychosoziale Faktoren zu hyperkinetischen Symptomen bei Kindern führen?

Welche Rolle spielen Umweltängste in diesem Zusammenhang?

Kinder mit hyperkinetischen Störungen leiden an überschießender motorischer Aktivität und Aufmerksamkeitsstörungen, die mit vermehrter Ablenkbarkeit, mangelnder Impulskontrolle und überschießenden emotionalen Reaktionen einhergehen. Als Ursachen werden sowohl leichte hirnorganische Schäden, z. B. als Folge von Geburtskomplikationen, als auch genetische Faktoren, z. B. Überempfindlichkeit gegenüber Nahrungsbestandteilen, vermutet. Neuere Untersuchungen sprechen dafür, daß Faktoren wie Erziehungsfehler, Elternproblematik, Vernachlässigung, Déprivation, Beeinträchtigung der emotionalen Entwicklung und frühkindliche Traumata nicht ursächlich sind, wohl aber das Erscheinungsbild erheblich verschlimmern können. Im übrigen wird auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 12/4626), insbesondere Fragen 14.1 und 14.2, sowie die Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ursula Fischer und der Gruppe der PDS/Linke Liste „Kinder und Jugendliche mit Teilleistungsstörungen“ (Drucksache 12/3231), verwiesen.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des „Umweltgutachtens 1987“, das subtile Störungen zentralnervöser Funktionen und der geistigen Leistungsfähigkeit bei Kindern, die sich als Hyperaktivitätsstörungen der Feinmotorik oder Minderung intellektueller Fähigkeiten äußern, als Folge zunehmender Blut-Blei-Konzentration nachweist?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) 1987 in seinem Gutachten zu Recht auf die Bedeutung „subtiler Störungen zentralnervöser Funktionen und der geistigen Leistungsfähigkeit bei Kindern, die bereits in Bleikonzentrationsbereichen von 15 bis 30 µg/100 ml Blut auftreten“, hingewiesen hat. Zum damaligen Zeitpunkt lagen neben verhaltenstoxikologischen Tierversuchen ausschließlich Querschnittsstudien an Kindern vor; auf die bei diesen Studien bestehenden Interpretationsprobleme, insbesondere auf die begrenzte Aussagekraft, die einmalige Blut-Blei-Bestimmungen etwa im Schulalter auf die Expositionsgeschichte haben, wird im SRU-Gutachten 1987 hingewiesen.

Eine Schwelle für Blut-Blei im Hinblick auf verhaltenstoxikologische Wirkungen bei Kindern konnte bislang nicht nachgewiesen werden. Eine WHO/IPCS/EHC-Arbeitsgruppe, die sich im Februar 1993 mit den Risikofaktoren anorganischen Bleis auf die menschliche Gesundheit befaßte, hat festgestellt, daß unterhalb eines Blut-Blei-Gehaltes von 10 bis 15 µg/100 ml kein kausaler Wirkungsnachweis mehr möglich ist.

Insbesondere aufgrund der von der Bundesregierung durchgeführten emissionsbegrenzenden Maßnahmen für Blei im Kfz-Bereich ist der mittlere Blut-Blei-Gehalt bei Schulkindern von 12 bis 13 µg/100 ml in 1976 (Wagner et. al. 1987) auf heute 4 bis 5 µg/100 ml Blut gesunken. Dies wird belegt durch eine kürzlich abgeschlossene Vergleichsstudie an 2900 Kindern aus Städten in Ost- und Westdeutschland im Alter von sechs Jahren. Nach dieser Studie hatten 95 % aller Kinder Blut-Blei-Gehalte unter 10 µg/100 ml (Krämer et. al. 1993; im Druck).

Im übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung, insbesondere auf die Frage 3.1, der Großen Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 12/4626) verwiesen.

7. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den regelmäßigen Gebrauch von Medikamenten, Kopfschmerzmitteln, Kreislauf-, Beruhigungs- und Schlafmitteln sowie Anregungsmitteln durch Kinder und Jugendliche?

Im Jahr 1990 hat die Bundesregierung eine Repräsentativerhebung zum Konsum und Mißbrauch von illegalen Drogen, alkoholischen Getränken, Medikamenten und Tabakwaren an 20 000 Bundesbürgern im Alter zwischen zwölf bis 39 Jahren durchgeführt. Sie hat dabei auch den aktuellen Medikamentenkonsum erfragt.

Danach zeigte sich, daß in der Altersgruppe der zwölf- bis 24jährigen (Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene) der regelmäßige Konsum von Medikamenten – hier eingegrenzt auf die tägliche Einnahme und die Einnahme ein- bis zweimal pro Woche – für die Arzneimittelgruppen Schlaf-, Beruhigungs-, stimmungsbeeinflussende Mittel/Psychopharmaka, Anregungsmittel bei unter 1 % lag. Lediglich bei den Schmerzmitteln gaben 1,9 % der zwölf- bis 24jährigen an, dies ein- bis zweimal pro Woche zu tun. Mit Ausnahme der Schmerzmittel gaben bei den oben dargestellten Arzneimittelgruppen weit über 90 % an, diese „nie“ einzunehmen; für die Gruppe der Schmerzmittel sagten 51 %, sie hätten sie noch „nie“ eingenommen.

Die Bundesregierung verfolgt Medikamentengebrauch auch über die sogenannte EBIS-Statistik, ein Dokumentationssystem, das Jahrestrends an Suchtberatungsstellen erfaßt. Von den Klienten, die diese Beratungsstellen 1991 wegen schädlichen Gebrauchs von Suchtmitteln oder wegen Abhängigkeit davon aufsuchten, konnten für die Altersgruppen bis einschließlich 19 Jahre zum Medikamentenbereich folgende Werte festgestellt werden: Gesundheitsschädlichen Gebrauch von Hypnotika/Sedativa gaben in der Altersgruppe bis 19 Jahre knapp 7 % an; eine Abhängigkeit von diesen Stoffgruppen ergab sich bei etwas mehr als 3 %.

8. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus Untersuchungen, die belegen, daß Umwelt- und Zukunftsängste für die junge Generation ein höheres Bedrohungspotential beinhalten als Angste aus dem persönlichen Lebenszusammenhang?

Für die meisten Menschen trifft zu, daß es im persönlichen Umfeld keine existenzbedrohenden Gefahren gibt, deren Bedrohungspotential auch nur annähernd vergleichbar wäre mit Gefahren wie Krieg oder Umweltkatastrophen. Dies erklären auch Untersuchungsergebnisse von Horst Petri aus dem Jahr 1985. Im Alltag der Menschen dagegen relativiert sich die Bedeutung von Umweltfragen deutlich. Diese Aussage stützt sich auf die Ergebnisse einer soeben vom Institut für praxisorientierte Sozialforschung (Ipos) vorgelegten repräsentativen Umfrage bei jeweils rd. 1 000 deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ost- und Westdeutschland im Alter von 14 bis 27 Jahren. Auf die Frage nach den gegenwärtig wichtigsten persönlichen Problemen nannen nur 4 % der Jugendlichen aus Ost- und Westdeutschland den Umweltschutz als wichtigstes persönliches Anliegen. Der Umweltschutz rangiert damit zumindest derzeit weit hinter Anliegen im Bereich Beruf/Ausbildung/Schule, Finanzen/Kosten/Wohnung, Ausländerfeindlichkeit/Rechtsradikalismus/Kriminalität und Arbeitslosigkeit.

9. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen Umweltängsten und Lebensangst der jungen Generation einerseits und zunehmender Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Drogenanfälligkeit?

Der Bundesregierung sind keine wissenschaftlichen Untersuchungen bekannt, die einen Zusammenhang zwischen Umweltängsten bei jungen Menschen einerseits und Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Drogenanfälligkeit andererseits belegen. Dagegen kann eine aus verschiedensten Quellen gespeiste Lebensangst, verstanden als ein Nichtzurechtkommen mit der eigenen Person und der personalen wie sächlichen Umwelt, durchaus zu problematischen Verhaltensweisen im Umgang mit sich und anderen führen. In diesem Sinne kann Lebensangst zusammen mit anderen Faktoren zu der Vorstellung beitragen, daß Fremde und Fremdes abgewehrt werden müssen, was sich in Gewalt und Fremdenfeindlichkeit ausdrücken kann.

Lebensangst kann daneben auch ein Faktor sein, der die Flucht vor der Realität durch Drogenkonsum begünstigt. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß für die Entstehung von Sucht im individuellen Fall nach vorherrschender Meinung drei Bedingungskomplexe entscheidend sind. Diese sind: das Suchtmittel, das Individuum und die Umwelt, d. h. sowohl der soziale Nahraum als auch gesamtgesellschaftliche Einflüsse. Im Einzelfall können dabei die drei verschiedenen Bedingungskomplexe für die Entstehung von Sucht eine sehr unterschiedliche Rolle spielen; sie sind in ihren Anteilen nicht zu quantifizieren.

10. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen Umwelt- und Zukunftsängsten und der Zunahme von Selbstmorden und Selbstmordversuchen von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland?

Selbstmorde und Selbstmordversuche sind grundsätzlich in einem multifaktoriellen Zusammenhang zu sehen. Suizidale Handlungen Minderjähriger betreffen nur in geringem Prozentsatz Kinder unter zwölf Jahren. Sie sind vielfach aufzufassen als Flucht vor unangenehmen Situationen, als Selbstbestrafungstendenz oder auch als Umkehr aggressiver Impulse.

Bei Jugendlichen stehen neben psychiatrischen Erkrankungen Identitätsprobleme und phasenhafte Konflikte im Vordergrund, die im Zusammenhang zu sehen sind mit der Ablösungskrise in der Adoleszenz.

Quantitative Aussagen über die Bedeutung einzelner Faktoren (z. B. Umwelt- und Zukunftsängste) sind kaum möglich und liegen nach Kenntnissen der Bundesregierung in wissenschaftlich begründeter Form nicht vor.

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse einer Untersuchung des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung der Universität Bielefeld, wonach in den letzten Jahren die psychische Belastung der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Teilebereichen angewachsen ist und „mindestens 10 % der Kinder im Grundschulalter über psychische Störungen im Leistungsbereich, Teilleistungsstörungen wie Lese-Rechtschreib-Schwäche eingerechnet, sowie Ängstlichkeit und Depressionen“ klagen?

Die Bundesregierung verfolgt sorgfältig die Forschungsergebnisse zur psychischen Belastung von Kindern. Sie strebt durch vielfältige Maßnahmen die Erhaltung bzw. Schaffung einer kinder- und jugendfreundlichen Gesellschaft an, in der Kinder und Jugendliche den ihnen angemessenen Platz finden und ihre Interessen und Probleme beachtet und berücksichtigt werden. Der Erfolg der Bemühungen um eine Gesellschaft, in der günstige Bedingungen für eine gesunde Entwicklung und Entfaltung von Kindern und Jugendlichen herrschen, ist jedoch nicht durch isolierte politische Maßnahmen zu erreichen, sondern durch eine querschnittsweise angelegte Politik sowie durch ein kinder- und jugendfreundliches Verhalten jedes einzelnen Bürgers, sei es als Vater oder Mutter, als Nachbar oder Vermieter.

Im Hinblick auf Schulkinder fördert das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gemeinsam mit den Ländern durch Modellversuche der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im Rahmen von Artikel 91 b GG die Entwicklung und Erprobung von pädagogischen Konzepten, mit denen die Belastungen von Kindern und Jugendlichen gemindert und Lehrerinnen und Lehrer qualifiziert werden sollen, ihren Schülerinnen und Schülern über die Vermittlung des Lernstoffes hinaus zur Seite zu stehen.

Besonders hervorzuheben sind in diesem Kontext die zur Zeit bereits laufenden BLK-Modellversuche zu den Themenfeldern „Prävention gegen Analphabetismus“ (Hamburg), „Soziales Lernen“ (Baden-Württemberg) sowie „Lern- und Spielschule“ (Rheinland-Pfalz). Weitere Modellversuche sind in Vorbereitung, u. a. im Anschluß an die für September dieses Jahres in Schwerin

anberaumte BLK-Fachtagung zur „Prävention gegen Analphabetismus“ sowie die Folgearbeiten zur im März 1993 in Berlin durchgeführten BLK-Fachtagung „Gewalt in der Schule“. Ziel der Modellversuche ist die Stärkung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen durch Erweiterung und Neubestimmung des erzieherischen Unterrichts.

12. Beabsichtigt die Bundesregierung eigene Untersuchungen durchführen zu lassen, die aus streßpsychologischer, streßbiologischer und klinischer Sicht die psychischen und psychosomatischen Auswirkungen von Umweltbelastungen auf Kinder untersuchen?

Vgl. Antwort zu Frage 14.

13. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung von Zukunfts- und Umweltängsten
 - im Bereich der Familie,
 - in der Kindergarten- und Vorschulerziehung,
 - in der Schulerziehung,
 - in Beratungs- und Therapieeinrichtungenhelfend zu unterstützen?

In allen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich Kinder und Jugendliche bewegen, sollte daran mitgewirkt werden, Umwelt- und Zukunftsängste nicht erst entstehen zu lassen bzw. abzubauen. Wie in der Antwort auf Frage 14.2 der Großen Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 12/4626) dargestellt, kommt es darauf an, Ängste von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen, ihr Verantwortungsbewußtsein für die Umwelt zu stärken, konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und sachgerecht zu informieren.

Bei der Bewältigung von Zukunfts- und Umweltängsten von Kindern und Jugendlichen kommt der Familie eine besondere Bedeutung zu. In der Familie werden Deutungs- und Handlungsmuster der nachwachsenden Generation wesentlich geprägt. Eltern sollten sich vor allem ihrer Vorbildfunktion für den Umgang ihrer Kinder mit der Umwelt, mit Umweltproblemen und mit diesbezüglichen Befürchtungen und Ängsten bewußt sein. Mit ihrer Familienpolitik stärkt und fördert die Bundesregierung die Familie; gleichzeitig setzt sie sich für familienfreundliche Rahmenbedingungen in der Gesellschaft ein und unterstützt alle Bestrebungen, die dem Wohle von Kindern und Jugendlichen dienen.

Gerade für schwierige Lebenssituationen, die manche Familie allein nicht bewältigen kann, gibt es zahlreiche qualifizierte Hilfen: Vielfältige Einrichtungen der Familienbildung und -beratung, Elternbriefe sowie Organisationen, Verbände und Selbsthilfegruppen, die in ihren Einrichtungen Beratung und Hilfe anbieten.

So besteht in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl von Bildungs- und Beratungsmöglichkeiten, die vor allem in der

Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden stehen und von der Bundesregierung gefördert werden. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung (DAJEB) gibt einen „Beratungsführer“ heraus, der die Adressen aller Beratungsstellen in Deutschland enthält und beim Bundesministerium für Familie und Senioren angefordert werden kann. Vor allem die von der Bundesregierung geförderten vier großen Familienorganisationen übernehmen „vor Ort“ die Funktion als Ansprechpartner der Familien. Ziel der Beratung ist in der Regel die Hilfe zur Selbsthilfe. Neben der Familienberatung spielt auch die Familienbildung eine zunehmend wichtige Rolle.

Im Mittelpunkt der Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder stehen seit der Kindergartenreform in den 70er Jahren die individuelle Lebenssituation des Kindes sowie die Situation der jeweiligen Kindergruppe. Die Analyse der Situation des Kindes als Grundlage für die Planung der Arbeit schließt seine Ängste und Befürchtungen mit ein. Insoweit sind auch Umwelt- und Zukunftsängste Ausgangspunkte und Auslöser für pädagogische, ganzheitlich angelegte Bemühungen der Erzieher und Erzieherinnen, um solche Ängste vermeiden zu helfen bzw. abzubauen. Zahlreiche Veröffentlichungen aus diesem Bereich belegen, daß Umwelterziehung in Tageseinrichtungen für Kinder heute einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert bei der Arbeit einnimmt.

Auch die Schule widmet sich heute zunehmend Umweltfragen. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft führte im März 1991 gemeinsam mit dem Land Bremen eine überregionale Fachtagung mit dem Titel „Umgehen (mit) der Endzeitstimmung – Gesellschaftliche und pädagogische Konzepte gegen die Resignation“ durch, die sich explizit mit dem Thema befaßte. Die Ergebnisse wurden 1992 veröffentlicht und sind allen Interessierten zugänglich. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft achtet darauf, daß das Thema in den BLK-Modellversuchen zur schulischen Umwelterziehung/Umweltbildung im jeweiligen fachlichen Kontext behandelt wird.

Die Verantwortung für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung in Beratungs- und Therapieeinrichtungen liegt bei den kommunalen Gebietskörperschaften. Fortbildung ist darüber hinaus im Bereich der Jugendhilfe Aufgabe der Landesjugendämter und der freien Träger bzw. ihrer Dachorganisationen. Die Bewältigung von Zukunfts- und Umweltängsten ist bereits Gegenstand der Fortbildung.

Im Hinblick auf die Therapieeinrichtungen wird außerdem auf die Drucksache 12/3231 und hier insbesondere auf Frage 5 verwiesen.

14. Beabsichtigt die Bundesregierung, ein entsprechendes Forschungsprogramm aufzulegen, und Modellprojekte zum Thema Kind und Umwelt zu unterstützen?

Im Rahmen des Regierungsprogramms „Gesundheitsforschung 2000“ wird im Kapitel „Vorsorge für gesundheitlich gefährdete Bevölkerungsgruppen“ besonders die Zielgruppe Kinder und Jugendliche angesprochen. Als Konsequenz befindet sich ein Förderschwerpunkt „Prävention von Gesundheitsstörungen und Krankheiten bei Kindern und Jugendlichen“ in Vorbereitung, in dem Forschungsprojekte zur Verhütung prä- und perinataler Risikofaktoren für die Entwicklung, zur Weiterentwicklung von Präventionsprogrammen, zur Prävention umfeld- und verhaltensbedingter Risiken und zur Prävention von Störungen des Sozialverhaltens angesiedelt werden sollen.

Auch das in Vorbereitung befindliche Ressortforschungsprogramm des Bundesministeriums für Gesundheit hebt die Bedeutung von Untersuchungen über Probleme der pränatalen Entwicklung und postnatalen Reifung des Kindes hervor. Modellprojekte zum Thema „Kind und Umwelt“ können daher grundsätzlich auch aus Ressortforschungsmitteln des Bundesministeriums für Gesundheit unterstützt werden.

Im Förderbereich zur „Einbeziehung von Umweltfragen in das Bildungswesen“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) führen das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und die Länder gemeinsam Modellversuche durch, in denen das Themenfeld Kind und Umwelt behandelt wird.

